



## **Mitteilung an die Presse - Mit der freundlichen Bitte um Veröffentlichung**

### **Leiharbeit - SPD Unterfranken beklagt Entsolidarisierung der Gesellschaft**

Das Thema Leiharbeit stand im Zentrum der Bezirksvorstandssitzung der unterfränkischen SPD am Samstag, den 23.01.2010 in Würzburg.

In einer einmütig beschlossenen Resolution sprach sich der Vorstand gegen die "schamlose Ausnutzung gesetzlicher Leih- und Zeitarbeitsregelungen zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Solidargemeinschaft" aus. Die SPD müsse zugeben, dass man in der Vergangenheit Fehler gemacht und die Möglichkeiten des Missbrauchs falsch eingeschätzt habe. "Es ist nicht zu verkennen, dass prekäre Beschäftigung in den letzten Jahren massiv zugenommen hat. Leiharbeit macht dabei einen großen Teil prekärer Beschäftigung aus", heißt es in der Resolution.

Anlass für die Diskussion im Bezirksvorstand waren die Vorgänge bei der Drogeriemarktkette Schlecker, wo Arbeitnehmerinnen gekündigt wurden, um sie anschließend für einen Stundenlohn von 6,50 Euro als Leiharbeiterinnen wieder einzustellen.

Bezirksvorsitzender und Bundestagsabgeordneter Frank Hofmann (Volkach) betonte, dass der Missbrauch der so genannten "Arbeitnehmerüberlassung" kein reines Schlecker-Phänomen sei, sondern auch in anderen Branchen gang und gäbe sei. Ausdrücklich lobte er Initiativen von Gewerkschaften, Betriebsräten und Mitarbeitern, die diesen Missbrauch aus Gründen der Gewinnmaximierung anprangerten und sich mit den Leiharbeitnehmern in ihren Unternehmen solidarisierten.

Jürgen Hennemann (Ebern) erläuterte anhand eines konkreten Beispiels eines Leiharbeiters, dass Leiharbeit ein Zeichen für die Entsolidarisierung der Gesellschaft ist, da dem Staat Steuereinnahmen fehlen und die Familien der Leiharbeiter zusätzlich durch Transferleistungen unterstützt werden müssen. "Die Unternehmen bereichern sich auf Kosten der Arbeitnehmer und des Staates", so Hennemann.

Ein unterfränkischer Leiharbeiter, der bei einer fränkischen Leiharbeitsfirma beschäftigt sei, die einen Zweigsitz in Thüringen habe, werde zu niedrigeren ostdeutschen Tariflöhnen eingestellt. Bei einer monatlichen Arbeitszeit von 154 Stunden und einem Lohn von 6 Euro pro Stunde bekomme dieser 924 Euro brutto. Nach Abzug von Steuern und Sozialleistungen verbleibt ein Nettolohn von 772,82 Euro. Von diesem Lohn müssen der Lebensunterhalt und die Fahrtkosten zur Arbeit bestritten werden. Ohne staatliche Transferleistungen, die von der Allgemeinheit getragen werden, sei dies kaum möglich.

Die SPD Unterfranken fordert deshalb folgende gesetzliche Maßnahmen:

1. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss so geändert werden, dass nach einer kurzen Einarbeitungszeit der Grundsatz "Gleiche Arbeit - Gleiches Geld" ohne Ausnahme gilt.

2. Schaffung einer Lohnuntergrenze durch Aufnahme der Leiharbeitsbranche in den Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes.

3. Begrenzung der konzerninternen Verleihung durch eigene Leiharbeitsgesellschaften.

4. Ausweitung der Mitspracherechte der Betriebsräte in den Entleihbetrieben hinsichtlich der Kontrolle des ordnungsgemäßen Einsatzes der Leiharbeiter und des Umfangs und der Dauer der Leiharbeit im Betrieb.

5. Leiharbeitnehmer müssen bei der Ermittlung der Arbeitnehmerzahl für die betriebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerte mitgezählt werden.

6. Es soll wieder der Grundsatz gelten, dass Leiharbeitnehmer bei wechselnden Unternehmen eingesetzt werden, aber unbefristet bei den Leiharbeitsunternehmen beschäftigt werden. Deshalb soll die Befristung eines Leiharbeitsverhältnisses und die Koppelung der Befristung an einen Arbeitseinsatz (Synchronisation) außerhalb der Probezeit wieder unzulässig sein.

Mit freundlichen Grüßen

Thorsten Meyerer, stellv. SPD-Bezirksvorsitzender  
Limesstr. 21  
63911 Klingenberg

Tel.: 09372/948877 od. 0178/6407745  
t.meyerer@gmx.de